

# Arbeiterstimme

641

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

Redaktion: 1. Jahrgang, Dresden, Dienstag den 22. September 1925, Nummer 137

1. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 22. September 1925

Nummer 137

## Vor dem Kriegspakt gegen Rußland

Berlin, 21. September.

Das Reichskabinett trat heute nachmittag zu einer nehrstündigen Sitzung zusammen, an der alle Reichsminister mit Ausnahme des dienstlich abwesenden Reichswehrministers teilnahmen. Ministerialdirektor Dr. Gauß erstattete Bericht über die Londoner Besprechungen, woran sich nach einem Referat des Reichsaußenministers eine Aussprache über die weiteren, mit dem Sicherheitspakt in Zusammenhang stehenden Fragen schloß. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen fortgesetzt werden. Die endgültige Entscheidung wird in einem unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abzuhaltenden Kabinettsrat getroffen werden.

Da das Garantiepakt-Kompromiß in den Kabinettsberatungen bis Mittwoch noch nicht beendet ist, ist die Mittwochsitzung des Auswärtigen Amtes auf Ersuchen der Regierung vertagt worden. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich einige Tage später stattfinden. Die Kabinettsberatungen finden hinter geschlossenen Türen statt. In der Zwischenzeit halten die Deutschnationalen ihre Fraktions-sitzungen ab. In der Schlussitzung des Kabinettsrats wird der „Ketter“ wahrscheinlich selbst den Vorsitz führen. Die schon vor langer Zeit angekündigte Abhaltung der Konferenz der internationalen Räuber, zu der man jetzt

offiziell die deutsche Regierung eingeladen hat, wird nun endlich stattfinden. Der Pakt der Räuber, die einheitliche Front der Ausbeuter gegen Sowjetrußland soll geschlossen werden.

Dabei werden die deutschen Imperialisten nicht fehlen. Darüber kann auch das Spiel der Deutschnationalen nicht hinwegtäuschen, die sich angeblich „gegen einen freiwilligen Verzicht Elsaß-Lothringens“ wenden. Es ist nichts weiter als eine elende Komödie, fest steht schon heute, daß die Deutschnationalen nicht daran denken, die Drohungen ihres Parteiführers Hergt wahrzumachen und aus dem Kabinett auszutreten, sondern sie werden einstimmen in die Front der internationalen Räuber. Ihre Sorge ist nur, genügend Zeit zu gewinnen, die ideologischen Vorbereitungen zur Beendigung ihrer Wählerlist durchzuführen.

Der „Vorwärts“, der nicht schnell genug in die Front der antibolschewistischen Kriegsheer einschwenken kann, erklärt in einer Stellungnahme zur Balkonferenz wörtlich: „Entweder die Deutschnationalen machen mit, oder sie machen nicht mit, aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren.“

Der „Vorwärts“ kann unbesorgt sein: beim Abschluß des Kriegspaktes gegen Sowjetrußland wird er sich auch diesmal in treuer Gemeinschaft mit den Deutschnationalen befinden.

## Was unsere Zeitung will

Gestern sind wir in eine Werbekampagne für unsere Zeitung eingetreten. An Hand von Beispielen, die wir auf einer Seite zusammengestellt, zeigten wir, daß die anderen Zeitungen gar nicht daran denken, die Arbeiterinteressen ernsthaft zu vertreten. Bürgerliche Zeitungen sind auf Reklame, auf die Erhaltung des bürgerlichen Staates eingestellt, die sozialdemokratische Zeitung auf die Beeinflussung der Arbeiter für die Erhaltung der kapitalistischen Republik. Wie könnten diese Zeitungen auch anders schreiben. Hat doch die SPD. in Heidelberg den Aud zum Bürgertum deutlich genug vollaufen.

Die bürgerlichen Zeitungen werden unterhalten von den Kapitalisten. Sie müssen in ihrem Sinne schreiben. Haben doch eine Menge Konzerne ihre eigenen Zeitungen, die sie aufgekauft mit dem Schreiberhusten, den Redakteuren. Tag um Tag erscheinen 3500 Zeitungen, durch die die Meinung der Leser beeinflusst wird. Davon sind leider nur der hundertste Teil kommunistische Zeitungen. Die SPD. verfügt über 145 Zeitungen.

Wir können dadurch die gewaltige Aufgabe erkennen, die es noch zu erfüllen gilt, um mit einer so kleinen Zahl Zeitungen Aufklärung in die Arbeiterklasse zu bringen. Die intensivste Tätigkeit ist noch notwendig, um die Zahl der Leser so zu vergrößern, daß trotz der kleinen Zahl der Zeitungen unser Einfluß unter den Massen der Arbeiter steigt.

Unsere Zeitung will das Organ aller Werktätigen sein, das rücksichtslos und konsequent die Interessen der Arbeitenden vertritt, das alle Ereignisse auf politischem und gewerkschaftlichem, auf sozialem und kulturellem Gebiete vom Standpunkt der Arbeiter aus beleuchtet. Unsere Zeitung will in allen Fragen den Arbeitern zeigen, wo und wie sie ansetzen müssen, um die Ereignisse zum Nutzen des Proletariats zu beeinflussen. Aber mehr noch: Wir wollen der Stimme der Arbeitenden Gehör verschaffen. In unseren Spalten sollen die Arbeiter von der Wertbahn ihre Meinung sagen. Sie, die in der breiten Masse der Arbeiter stehen, sollen zu Worte kommen. Dann sollen uns die Arbeiter informieren über alle Fragen und Vorgänge, und wir werden danach handeln, werden helfen und fördern. So soll unser Organ sein ein Organ des Klassenkampfes. Das Mittel zur Aufklärung. Eine Waffe zur Abwehr der feindlichen Angriffe und zum Angriff auf die Positionen unserer Gegner.

Das muß jedem Arbeiter klargemacht werden, dann wird er unsere Zeitung lesen. Weiter aber muß man wissen: die kommunistische Presse kämpft für die Befreiung der Arbeiterklasse, sammelt die Massen um die Sturmfront der Revolution. Jeder gewonnene Leser ist ein Kämpfer im Klassenkampf. Jeder neue Abonnent für die „Arbeiterstimme“ ist ein Schritt weiter auf dem Wege zur Freiheit. Deswegen werbt Abonnenten! Wie man werden soll, brauchen wir hier nicht besonders anzuführen, nachdem der Genosse Kramer, sowie ein Genosse vom Hartmannwerk eine Anzahl praktischer Vorschläge gemacht, die wir zum Abdruck brachten.

Was bedeutet aber die Zeitungskampagne? Nun — heranzukommen an die Arbeitermassen. Diese Frage steht aber nicht nur für die Zeitung, sondern auch für die Organisationen. Der letzte Brief der Exekutive hat uns diese Aufgabe auch noch einmal besonders gestellt.

Deran an die Massen, das heißt: die Massen gewinnen für unsere Gedanken, für unsere Aufgaben, unseren Kampf. Sollen wir das, dann muß uns immer und vor allen Dingen jenes Wort aus dem kommunistischen Manifest vor-schweben, daß die Kommunisten nicht für besondere Ziele streben, daß sie nicht besondere Interessen vertreten, sondern daß sie vertreten die Interessen der gesamten Arbeitenden und der unterdrückten Menschheit.

Daraus ergibt sich aber, daß wir erkennen müssen, daß nicht wir allein die Arbeiterbewegung darstellen, sondern daß zur Arbeiterbewegung alle die Bewegungen gehören, die breit um uns herumliegen, bei denen sich Arbeiter befinden und bei denen Arbeiter in falsche Bahnen gelenkt werden. Wir sind ein Teil der Arbeiterbewegung, wir sollen und wollen der führende Teil sein, und wo wir es noch nicht sind, wollen wir es werden. Die breiteste Bewegung der Arbeiter haben wir in den Gewerkschaften. Hier müssen wir also unseren Einfluß stark verankern. Das gehört, daß wir planmäßige Gewerkschaftsarbeit leisten. Das wiederum bedeutet, daß wir nicht nur scharfe Kritik an den falschen und halben Maßnahmen der Bürokraten üben, sondern daß wir praktisch in den Gewerkschaften arbeiten, Verantwortung übernehmen, am Aus- und Aufbau mit tätig sind. Jeder Arbeiter in den Gewerkschaften muß fühlen, daß wir es ernst mit der Arbeit meinen. Hierzu gehört auch die Angelegenheit des Lohnes, den wir den anderen Arbeitern gegenüber ansprechen.

Wir müssen an all den falschen und arbeiterverräterischen Maßnahmen die schärfste Kritik ansetzen. Jedoch muß diese Kritik sachlich sein. Der Arbeitssollege muß wissen, daß wir sein Freund sind und ihn auf Gefahren aufmerksam machen. Er muß wissen, daß wir in der Stunde der

## Keine Lohnzulagen für Postler

Berlin, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonnabend geführten Lohnverhandlungen zwischen dem Reichspostministerium und den Tariforganisationen der Postarbeiter sind ergebnislos verlaufen. Das Reichspostministerium stellt sich auf den Standpunkt, daß Lohnzulagen nicht in Frage kommen können. Die Preiszulagen sollen geregelt werden. Wie diese Regelungen aussehen und was dabei herauskommen soll, darüber hat nicht einmal Andeutungen gemacht worden. Lediglich wurde gesagt, daß Verhandlungen bereits im Gange sind.

## Protestkundgebungen der Arbeiter gegen den Hindenburg-Rummel

Dortmund, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß des Besuchs Hindenburgs hatten die Schichtanlagen auf den Förderbändern schwarz-weiß-rote Fahnen gehißt. Auf der Höhe „Lorenzonia“ wurde die schwarz-weiß-rote Fahne heruntergeholt und gerissen. Der rote Streifen der Fahne wurde von den Arbeitern wieder hochgehoben und konnte erst nachträglich durch Zeichenbeamte heruntergeholt werden. In Hamrnah hielten die Bergarbeiter ebenfalls eine Fahne hoch, die dann auf dem Marktplatz, wo sich eine tausendköpfige Menge versammelt hatte, verbrannt wurde.

## Bedrohende Massenausbeutung der Metallarbeiter in Westfalen

Sohlensingen, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Woche traten 400 Metallarbeiter in den Streik. Dadurch haben die Unternehmer sämtliche zurzeit noch beschäftigten Arbeiter zum 1. Oktober gekündigt. Von dieser Maßnahme werden 3000 Arbeiter betroffen. Für den Fall, daß bis zum 1. Oktober noch keine Einigung erzielt wird, bedroht die Unternehmensverwaltung, die gesamte Metallindustrie im Regierungsbezirk Arnsberg zu schließen, wozu 50 000 Arbeiter betroffen werden.

## Ein kommunistischer Bürgermeister in Hindenburg

Hindenburg. Bei der Stadterneuerungswahl in Hindenburg (Oberschlesien) wurde Genosse König, Weihenfels, mit 21 von 23 Stimmen zum zweiten Bürgermeister gewählt. Der Wählerentscheidungsbescheid Diebold wurde mit 19 von 23 Stimmen zum befohlenen Stadtrat gewählt. Bürgerliche und Sozialdemokraten verließen vor der Wahl den Saal.

## Die Arbeiter und Bauern Straburgs für das Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens

Straburg, 21. September. (Telefon.) Der Bauern- und Arbeiterkongress in Straburg, auf dem 125 000 Arbeiter durch 600 Delegierte vertreten waren, hat beschlossen, für Elsaß-Lothringen das Selbstbestimmungsrecht zu fordern. Bestimmend für die Haltung dieses Kongresses war eine Erklärung der Kommunistischen Partei Frankreichs zur elsass-lothringischen Frage, in der die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für das elassische Volk verlangt wird.

## Rußlands steigender Außenhandel

Eine Statistik des russischen Außenhandels in 9 Monaten des Jahres 1924/25 ergibt folgende Zahlen. Ausfuhr 499,4 Millionen, Einfuhr 389,7 Millionen. Der Gesamtumsatz ist um 33,7 Prozent gestiegen. Die Einfuhr hat dabei ganz besonders zugenommen, nämlich um 83,2 Prozent. In erster Linie sind es landwirtschaftliche Maschinen und Materialien zur Wiederherstellung der russischen Industrie, die Sowjetrußland gekauft hat.

Diese Zahlen sind außerordentlich bemerkenswert. Sie zeigen, daß Sowjetrußland dank der planmäßigen Wirtschaft der Sowjetregierung eine höhere aktive Handelsbilanz hat. Sowjetrußland ist imstande, seine Wirtschaft mit ausländischen Maschinen und Geräten wieder aufzubauen, ohne dabei in Ver-suchung zu geraten oder seine Währung zu gefährden, sondern Rußland zahlt die eingeführten Waren durch seinen eigenen Export. Damit verleihe man die jammerselbe passive Handelsbilanz Dawes-Deutschlands und die blühende Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den amerikanischen Kreditgebern.

## Proteststreik der Pariser Telefonbeamten

Paris, 21. September. (Telefon.) Heute hat zwischen 11 Uhr vormittags und 1 Uhr mittags der Telefon- und Telegraphenverkehr in Paris stillgelegen, da die Telephon- und Telephonbeamten mit einem Proteststreik ihre Unzufriedenheit über Verwaltungsmassnahmen bekunden wollten.

## Kienentampf der englischen Baumwollspinnier

London, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus London wird berichtet, daß am Ende der vergangenen Woche die Arbeiter von weiteren Baumwollspinnereien sich dem Streik anschlossen. Insgesamt sind jetzt 40 Spinnereien von der Bewegung erfaßt. Die Zahl der Streikenden hat sich im Laufe der letzten Tage auf 125 000 erhöht.

## Arbeitslosenfundgebung in England

Der Sozialdemokrat Thomas am Neben verhandelt.

London, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf einer Versammlung, an der zahlreiche Arbeitslose teilnahmen, ergriffen sich einige Zwischenfälle, als der frühere Minister Thomas das Wort ergreifen wollte. Derselbe rief aus: „Der Verräter soll schweigen!“ erwiderte. Der Redner versuchte trotzdem, zu sprechen. Es entstand ein solcher Lärm, daß dem Redner nichts weiter übrig blieb, als sich zurück-ziehen.

## Die englische Regierung droht scharfe Maßnahmen gegen die streikenden Arbeiter an

London, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) In einer Erklärung des englischen Rederereverbandes zum Streik der Eisenleute wird gesagt, daß alle Personen, die die Agitation des Streiks führen, Kommunisten sind. Von der Regierung wird gefordert, daß sie gegen die Kommunisten und gegen diejenigen, die Seelenlos an der Aufnahme der Arbeit zu verhindern versuchen, härtere Massnahmen vorgegangen wird.

In Australien haben die Seelenlos Verhandlungen mit den Redern abgelehnt, wenn nicht vorher die eingeleiteten Streikenden zugelassen sind.